

Neue Sachlichkeit

Die Kritik an der Bologna-Reform hat der pragmatischen Zusammenarbeit von Hochschulleitungen und Studentenvertretungen Auftrieb gegeben. An der Rostocker Universität gibt es sogar einen studentischen Prorektor. Damit lassen sich verhärtete Fronten vermeiden.

von Sebastian Balzter

Jeden Montagnachmittag verwandelt sich das Büro von Prof. Dr. Wolfgang Schareck in ein Labor. Der Rektor der Universität Rostock hat an die Wände des nüchtern eingerichteten Zimmers die in Öl gemalten Porträts von zehn Amtsvorgängern hängen lassen. Nun blicken sie Woche für Woche würdevoll auf den Dauerversuch herab, an den zu ihren Lebzeiten noch nicht zu denken war: Außer Rektor Schareck selbst, der Kanzlerin und zwei Professoren nimmt zur Sitzung an dem schlichten Holztisch nämlich auch Heiko Marski Platz. Der 26-Jährige ist Lehramtsstudent für Englisch, Geschichte und Dänisch.

Sein Amt ist ein Aushängeschild der Uni Rostock. Schon vor acht Jahren machte eine Novelle des Landeshochschulgesetzes in Mecklenburg-Vorpommern den Weg dafür frei. Doch selbst in Rostock wurde erst 2006 Praxis aus der Theorie, die anderen Hochschulen des Landes zögern immer noch. Schareck kennt die Bedenken seiner Kollegen aus anderen Städten. „Könnt ihr im Rektorat denn überhaupt noch Vertrauliches besprechen?“, fragen sie ihn. „Da geht doch bestimmt nichts mehr voran“, sagen sie ihm. „Ganz im Gegenteil“, hält Schareck dann dagegen.

Ein Vetorecht für den Rektor

Das Gesetz sieht einen entscheidenden Sicherheitsmechanismus vor: Wenn der Studentenrat seinen Kandidaten für den Posten gekürt hat, kann noch vor dessen Wahl im Uni-Konzil der Rektor von seinem Vetorecht Gebrauch machen. So sollen weder hauptamtliche Blockierer noch renitente Krawallmacher eine Chance auf das Amt haben. Schon persönliche Abneigung oder Zweifel an der Qualifikation des Kandidaten wären Grund genug für eine Ablehnung seitens des Rektors. Nur so lasse sich die Voraussetzung für ein gedeihliches Auskommen schaffen, sagen Schareck und Marski fast unisono. Wie aber steht es um die Vertraulichkeit? „So viele Dinge, auf

Zutritt offen: An der Universität Rostock gelangen auch Studenten in die Führungsetage.



Foto: Uni Rostock/Medienzentrum

die wir den ‚Geheim‘-Stempel drücken, gibt es gar nicht; das entspräche nicht meiner Vorstellung von Transparenz bei der Arbeit des Rektorats“, wiegelt Schareck ab. „Und wenn doch mal einer plaudert, warum soll es denn dann ausgerechnet der Student gewesen sein?“, hakt Marski ein.

„Gegenseitiger Respekt und Vertrauen sind die wichtigsten Voraussetzungen, damit so etwas gelingt“, analysiert der Sozialwissenschaftler Manfred Wannöffel, der an der Ruhr-Universität Bochum zu Fragen der Mitbestimmung und Partizipation forscht. Vor allem von der Einbindung der Studierenden in Informations- und Steuerungs-

prozesse hängen nach seiner Ansicht der Erfolg und die Attraktivität von Mitbestimmung ab. „Sonst sind Posten und Ämter nur ein Placebo“, warnt Wannöffel. „Wer sich engagiert, der soll auch in Leitungsprozesse eingebunden werden“, sagt Schareck. Warum er gegen Heiko Marski, der seit März im Amt ist und sich im Wahlkampf gegen zwei Mitbewerber durchsetzte, keine Bedenken hatte, leuchtet ein: Einerseits spricht der studentische Prorektor so ruhig und überlegt von „zielorientierter, konstruktiver Zusammenarbeit“, dass an Konfrontation oder gar Revolte zu denken schwer fällt; andererseits hat er schon zuvor in Hochschulgremien so viel Erfahrung gesammelt, dass er die Spielregeln gut genug kennt.

zehnte Student, oft fehlen die Kandidaten für die Ämter, die den Studenten zustehen. Gewöhnlich wird dieser Zustand entweder mit politischem Desinteresse oder mit Prüfungsdruck und Zeitmangel erklärt. „Vielleicht ist das aber auch nur ein Zeichen dafür, dass die Probleme nicht allzu groß sind“, interpretiert Heiko Marski die oft beklagte Lage überraschend gelassen. „Wir rennen ja nicht mehr wie die 68er gegen ein ganzes Hochschulsystem an“, sagt er. Nicht ideologisch, sondern pragmatisch will er die Arbeit des studentischen Prorektors verstanden wissen. Seine Feuerprobe hat dieses Rostocker Modell nach der Einschät-

men dieser neuen Sachlichkeit quer durch die Republik sind, ihren Grund hat sie im Bewusstsein, nur gemeinsam die Herausforderungen der Studienreform meistern zu können. Ohne die demonstrierenden Studenten hätte die Öffentlichkeit wenig Notiz von der Reform genommen, ohne das zustimmende Echo der Professoren aber wäre ihre Kritik nicht so ernst genommen worden.

„Ich habe zum ersten Mal gemerkt, dass Lehrende und Studierende die gleichen Ziele haben“, beschreibt etwa Lukas Bischof, der in Freiburg im Breisgau für Psychologie eingeschrieben ist, sein Schlüsselerlebnis aus den Gesprächen über ein ideales Curriculum, die er für eine Projektzeitung mit Professoren geführt hat: Mehr Flexibilität, mehr Fallstudien, ein besseres Betreuungsverhältnis waren die wichtigsten Wünsche – auf beiden Seiten. Aus dem Projekt entstand die inzwischen preisgekrönte Initiative „Bachelor gemeinsam gestalten“.

An der Frankfurter Goethe-Universität wiederum, im vergangenen Winter noch ein Zentrum des lautstarken Widerstands gegen die Reform, haben nun Studiendekane, Verwaltungsmitarbeiter und Studenten in „Bologna-Werkstätten“ gemeinsam über Zulassungsfragen, Prüfungsdichte und Anwesenheitspflicht diskutiert; ihre Vorschläge dienen Senat und Präsidium künftig als Basis für die Reform der Reform. Die Katholische Universität Eichstätt schließlich hat Studenten zu ihrer Meinung über die neuen Studiengänge gefragt und dabei die Einführungsveranstaltungen als besondere Schwachstellen identifiziert; nun experimentieren die Fächer mit neuen Lehrformen dafür.

Und sogar die Leitung der privaten Zepelin University in Friedrichshafen am Bodensee setzt darauf, von einem Studenten entscheidende Hinweise zur Verbesserung ihres Angebots zu bekommen: Im Januar wurde dort ein studentischer Vizepräsident berufen. Vom studentischen Prorektor im Nordosten unterscheidet diesen

Wolfgang Schareck hat sich einen studentischen Prorektor an die Seite geholt.

prozesse hängen nach seiner Ansicht der Erfolg und die Attraktivität von Mitbestimmung ab. „Sonst sind Posten und Ämter nur ein Placebo“, warnt Wannöffel. „Wer sich engagiert, der soll auch in Leitungsprozesse eingebunden werden“, sagt Schareck. Warum er gegen Heiko Marski, der seit März im Amt ist und sich im Wahlkampf gegen zwei Mitbewerber durchsetzte, keine Bedenken hatte, leuchtet ein: Einerseits spricht der studentische Prorektor so ruhig und überlegt von „zielorientierter, konstruktiver Zusammenarbeit“, dass an Konfrontation oder gar Revolte zu denken schwer fällt; andererseits hat er schon zuvor in Hochschulgremien so viel Erfahrung gesammelt, dass er die Spielregeln gut genug kennt.

Damit stellt Marski eine Ausnahme dar. Der Studierenden survey der Konstanzer AG Hochschulforschung etwa belegt seit Jahren ein kontinuierlich nachlassendes Interesse der Studenten an der Wahrnehmung ihrer Mitbestimmungsrechte an der Hochschule. An den Wahlen zum Studentenparlament beteiligten sich vielerorts gerade noch jeder

zierung der Protagonisten schon bestanden: „Als in anderen Städten die Proteste gegen die Bologna-Reform eskalierten, klingelten bei uns die Telefone“, berichtet Rektor Schareck. Denn durch den engen Kontakt zwischen Hochschulleitung und Studentenschaft habe in Rostock keine der Parteien fürchten müssen, ihr Gesicht zu verlieren. Entsprechend freundschaftlich war der Umgang miteinander. „Hier brachte der Rektor den Besetzern morgens Brötchen in den Hörsaal, das hat die Kollegen neugierig gemacht.“

Ausgerechnet die umstrittene Reform hat so einer neuen Interpretation von studentischer Mitbestimmung Auftrieb gegeben. Massenproteste und Hörsaalbesetzungen hatten zwar die größere mediale Durchschlagskraft, aber nebenbei ist vielerorts eine neue Kultur der Zusammenarbeit von Hochschulleitungen und Studentenvertretungen gewachsen. So verschieden die For-

„Wir rennen ja nicht mehr wie die 68er gegen ein ganzes Hochschulsystem an.“

Vizepräsidenten im Südwesten, dass er nicht gewählt, sondern von seinem neuen Chef gezielt ausgesucht wurde. Davon abgesehen gibt es viele Gemeinsamkeiten: Auch Heiko Marski hat in Rostock ein eigenes Büro auf der Chefetage der Hochschule, auch er erhält eine Aufwandsentschädigung, auch er sieht seine Aufgabe als Vollzeitbeschäftigung an – die Montagssitzung an dem langen Tisch im Büro von Wolfgang Schareck ist für ihn nur einer von vielen Terminen.



Foto: Uni Rostock/Medienzentrum

„Heute morgen um acht habe ich mit Studenten im Historischen Institut über die Lehrerbildung, den Zugang zu den Hauptseminaren und die Bafög-Vergabe gesprochen“, berichtet er aus seinem Kalender. „Danach ging es darum, im Bafög-Amt eine Obfrau für die Anliegen der Studenten zu installieren.“ Und die Terminliste für den Tag ist noch längst nicht am Ende. Heiko Marski hat sich für die Dauer seiner Amtszeit vom Studium beurlauben lassen.

„Das kann man so zeitaufwendig machen, muss man aber nicht“, kommentiert Johannes Saalfeld die Entscheidung. Der Politologe wurde vor vier Jahren zu Rostocks erstem studentischen Prorektor gewählt. Er selbst hatte eine Verlängerung der Regelstudienzeit in Anspruch genommen und große Pläne unter anderem für den Aufbau einer Alumni-Stiftung gehabt. „Aber seitdem liegt das Projekt auf Eis.“ Daran habe auch die sorgfältige Übergabe an seinen Nachfolger nichts geändert, weil dieser ganz andere Schwerpunkte gesetzt habe.

Keine bürokratische Perfektion

Auf zwei einjährige Amtszeiten begrenzt das Landeshochschulgesetz die Kontinuität im studentischen Prorektorat, mehr als einmal durfte Saalfeld nicht zur Wiederwahl antreten. Ein Nachteil sei das nicht gewesen. „Länger wäre nicht sinnvoll, es fänden sich vermutlich auch keine Kandidaten dafür.“ Außerdem sei gewollt, dass ein Student und kein Verwaltungsprofi das Amt bekleide. „Es geht nicht um bürokratische Perfektion, sondern um eine Vorstellung von der Zukunft der Universität.“ Buchhaltungsseminare hat Johannes Saalfeld damals allerdings doch belegt, genauso wie nun Heiko Marski, der sich für seinen Leitungsjob auch im Prüfungsrecht und in der Pressearbeit hat schulen lassen. „Wir unterstützen den Erwerb von Führungsqualifikationen“, sagt Rektor Wolfgang Schareck.

Ob sich das Rostocker Modell auf andere Hochschulen übertragen lässt? „Viel hängt vom individuellen Stil und vom Selbstverständnis des Rektors ab“, antwortet Schareck – passenderweise hat ihn der Deutsche Hochschulverband im März zum „Rektor des Jahres“ gekürt. „Wir jedenfalls haben nur gute Erfahrungen damit gemacht.“ Frei von unbeabsichtigten Nebenwirkungen ist der Dauerversuch jedoch nicht: Zuweilen wird Heiko Marski in Briefen als „Sehr geehrter Herr Professor“ angesprochen. Dann meldet er sich beim Absender und stellt die Sache richtig. ■

Sebastian Balzter ist Journalist in Frankfurt am Main.

„Fallstricke auf der Mikroebene“

Erlangen Prof. Dr. Max-Emanuel Geiss von der Uni Erlangen-Nürnberg, Experte für Wissenschafts- und Hochschulrecht, zur Mitarbeit in Gremien.

duz: Sind die deutschen Hochschulen demokratische Einrichtungen?

Geiss: Natürlich. Aber Demokratie heißt nicht immer, dass alle Beteiligten mitreden dürfen. In den Hochschulen geht es nicht um eine allgemeine demokratische, sondern um eine funktionale Selbstverwaltung. Das lässt sich mit berufsständischen Organisationen wie der Industrie- und Handelskammer vergleichen.

duz: Mit denen wollen die Vorkämpfer der studentischen Mitbestimmung nicht viel gemeinsam haben.

Geiss: Das Bundesverwaltungsgericht hat diese Frage 1974 aber klar entschieden. Für die Zusammensetzung der Hochschulgremien ist demnach Fachkunde das entscheidende Argument. Wo es um Forschung geht, müssen die Professoren in der Mehrheit sein; wo es um Lehre geht, müssen sie mindestens die Hälfte der Mitglieder stellen.

duz: Welche Grenzen der Partizipation setzt der Gesetzgeber noch?

Geiss: Keine. Die Hochschulen können alles weitere in ihren Satzungen regeln. Sie dürfen Studenten auch in die Hochschulleitung berufen, solange sie dort nicht die anderen Mitglieder überstimmen können.

duz: Wer haftet dann für Fehlentscheidungen der Studenten?

Geiss: Nach dem Prinzip der Organhaftung die Hochschule. Regressansprüche ließen sich nur bei grob fahrlässigem oder vorsätzlichem Handeln geltend machen. Es dürfte in der Praxis eher umgekehrt sein: Wenn die Hochschule einen Studenten ohne Vorbereitung ins kalte Wasser wirft und daraus ein Schaden entsteht, handelt sie selbst fahrlässig und nicht der Student.

duz: Darf die Hochschule Studenten für ihre Mitarbeit bezahlen?

Geiss: Allenfalls im Sinne einer Aufwandsentschädigung. Dann aber wäre die Frage, wie sich der Aufwand steuerlich festlegen lässt – es geht ja in den

meisten Fällen nicht um einen Verdienstausschlag. Noch nicht ganz geklärt ist außerdem, ob eine Entschädigung von mehr als 500 Euro im Jahr nicht die angesprochene Privilegierung in der Organhaftung außer Kraft setzen würde. Das ist bei Unternehmensvorständen seit 2009 so geregelt.

duz: Wären Leistungspunkte als Anreiz weniger kompliziert?

Geiss: Die darf es nur für akademische Leistungen geben, die Hochschulen müssen nach anderen Wegen suchen.

Sie können die Studenten von Studienbeiträgen befreien oder sie beurlauben, damit sich das Engagement nicht negativ auf ihre Studiendauer auswirkt.

duz: Gibt es weitere Fallstricke für eine vernünftige Mitarbeit der Studenten?

Geiss: Eher nicht auf der Makroebene, sondern auf der Mikroebene. Gefährlich ist da vor allem die Tendenz zur Ökonomisierung der Hochschulen.

duz: Wieso?

Geiss: Das Prinzip der Selbstverwaltung gilt für die Fakultäten. Viele Hochschulen legen nach amerikanischem Vorbild aber immer mehr Fakultäten zusammen und gründen darunter Departements, die völlig den Professoren überlassen werden. Dort werden die Sachfragen geklärt, die Fakultätsräte nicken nur noch ab. Ähnlich werden auch die Senate entmachtet, wenn Hochschulräte die wichtigsten Entscheidungen treffen. Studenten habe ich in ihnen noch nie vertreten gesehen.

duz: Was lässt sich Ihrer Meinung nach dagegen tun?

Geiss: Verfassungsrechtlich gar nichts. Das ist ja das Hinterhältige an dieser Form der Hochschulpolitik – sie stärkt vordergründig die Autonomie der Hochschulen, schwächt aber ihre Binnenaufonomie. Der Ausweg besteht darin, Studenten als Berater ernst zu nehmen und sie nicht vom Informationsfluss abzuschneiden. Den meisten Studenten ist das sogar wichtiger als ein statisches Stimmrecht. Sebastian Balzter ■



Foto: Uni Erlangen